

<https://exxpress.at/massenhafter-sanktionsbruch-niederlande-blamieren-die-eu-spitze/> 25.10.2022

Massenhafter Sanktionsbruch: Niederlande blamieren die EU-Spitze

Während Österreich Musterschüler ist, pfeift die niederländische Regierung auf sämtliche Sanktionen, und zwar seit Februar, wie nun bekannt wurde. Die Regierung hat bisher 91 Ausnahmen von den Sanktionen gegen Russland beschlossen, die sämtliche Unternehmen begünstigt.

Die viel beschworene gemeinsame Linie der EU-Staaten gegen Russland entpuppt sich nach acht Monaten als brüchiger, als bisher bekannt. Die Niederlande haben zwar nicht offen gegen die Beschlüsse protestiert, so wie Ungarn, allerdings haben sie mit sämtlichen Sonderregelungen die Sanktionen im eigenen Land de facto konterkariert. Wie nun bekannt wurde, hat das Land bisher in Summe 91 (!) Ausnahmen von den Sanktionen erlassen.

Die Niederlande zeigen damit: Man kann auch ausscheren.

Niederlande nennt die Namen der Unternehmen nicht

Auf 91 Ausnahmen seit Ende Februar gelangt der niederländische Fernsehnachrichtendienst RTL Nieuws nach Gesprächen mit den Ministerien. Die Ausnahmen betreffen zahlreiche niederländische Unternehmen, deren Namen die Ministerien aber geheim halten. Ebenso verschweigen sie den Wert der Transaktionen, die von den Sanktionen ausgenommen wurden, und welche Wirtschaftszweige betroffen sind.....

<https://www.rtlnieuws.nl/nieuws/artikel/5341835/sancties-eu-rusland-ontheffingen-ontheffing-tientallen> 24.10.2022

Tientallen ontheffingen voor sancties tegen Rusland

Dutzende Ausnahmeregelungen für Sanktionen gegen Russland

Die Regierung hat Dutzende von Ausnahmen von den Sanktionen gegen Russland gewährt. Dies geht aus einer Umfrage bei den zuständigen

Ministerien hervor. Unternehmen und Einrichtungen, denen eine Ausnahmegenehmigung erteilt wurde, müssen die geltenden Sanktionen nicht einhalten.

Die Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, Wirtschaft, Finanzen, Infrastruktur und Bildung können Ausnahmen gewähren.

Seit Beginn des Krieges Ende Februar haben die Ministerien insgesamt 91 Ausnahmegenehmigungen erteilt. Dies geschehe, um "in bestimmten Fällen eine gewisse Flexibilität zu gewährleisten", heißt es in einer Erklärung des Außenministeriums. Als Beispiel nannte sie ein niederländisches Unternehmen, das eine weitere Zahlung aus Russland fordert.

Seit April gibt es in der Europäischen Union ein Hafenverbot für Schiffe unter russischer Flagge. Das Ministerium für Infrastruktur und öffentliche Arbeiten erlaubt jedoch Schiffe mit bestimmten Ladungen. Dazu gehören Tonerde und Lebensmittel. In 34 Fällen wurde den Schiffen einfach der Zugang zu niederländischen Häfen gewährt.

Gazprom Niederlande

Auch niederländische Organisationen dürfen weiterhin Energie von ehemaligen Gazprom-Unternehmen beziehen. Anfang September machte Minister Jetten (Klima und Energie) eine Ausnahme für Organisationen, die einen Energievertrag mit Gazprom Niederlande, einer Tochtergesellschaft der russischen Gazprom, abgeschlossen haben.

Ursprünglich wollte Jetten, dass die Verträge gekündigt werden, machte dann aber eine Ausnahme. Die europäischen Gazprom-Unternehmen wurden von der deutschen Regierung übernommen und heißen seitdem SEFE Energy (Securing Energy for Europe). Nach Angaben deutscher Führungskräfte fließt kein einziger Cent nach Russland.

In den Niederlanden machen "Dutzende von Organisationen" von der Ausnahmeregelung Gebrauch, so das Ministerium. Dazu gehören

Gemeinden, Schulen und Wasserverbände. Insgesamt hat das Ministerium 25 Ausnahmen gewährt und damit 150 Antragstellern geholfen. Eine Verzichtserklärung kann von mehreren Organisationen verwendet werden.

Finanzen und Außenhandel

Der Außenhandelsminister hat auch die Möglichkeit, auf Sanktionen zu verzichten. Von Minister Schreinemacher erhielten 13 verschiedene Organisationen insgesamt 18 Freistellungen. Als Gründe nannte das Ministerium "humanitäre Gründe" und die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland in "rein zivilen Angelegenheiten".

Der Finanzminister kann Ausnahmeregelungen für eingefrorene Vermögenswerte oder die Finanzierung von Gütern, die dem Sanktionsregime unterliegen, gewähren. Dies ist 13 Mal geschehen.

Das Auswärtige Amt hat eine Ausnahmegenehmigung für den "diplomatischen Verkehr" erteilt. Für diesen diplomatischen Verkehr wurden Transaktionen bei einem russischen Finanzinstitut ermöglicht, das auf der Sanktionsliste steht. Dabei handelt es sich um Banken, die sich zu mehr als 50 Prozent im Besitz des russischen Staates befinden, wie z. B. Sberbank, VTB, VEB oder Gazprombank.

Die betroffenen Ministerien wollen keine Firmennamen und Branchen nennen, da es sich um "geschäftskritische Informationen" handelt, so das Außenministerium. Das Ministerium will auch den Wert der Verzichtserklärungen nicht veröffentlichen.

<https://pleiteticker.de/drohender-gas-lieferstopp-100-unternehmen-gefaehrdet/> 24.10.2022

Im Kreis Euskirchen: 100 Unternehmen droht Gas-Lieferstopp

Im Kreis Euskirchen in NRW sind viele Unternehmen von der Energiekrise betroffen. Bei einer Gasmangellage wird nach Regeln der Bundesnetzagentur entschieden wer versorgt – und wem das Gas abgestellt wird.

Die Unternehmen im Kreis Euskirchen sind nicht als „geschützt“ anerkannt. Ihnen könnte im Mangelfall eine Einschränkung oder Einstellung der Gasversorgung bevorstehen.

Schon im März hat man sich mit den Firmen in Verbindung gesetzt, um über die Gasverteilung bei einem Mangel zu entscheiden: Im nordrhein-westfälischen Kreis Euskirchen droht 100 Unternehmen ein Gas-Lieferstopp.

Im Gegensatz zu Privathaushalten und bestimmten Institutionen wie z. B. Pflegeeinrichtungen, sind Unternehmen bei einer Gasmangellage oft „nicht-geschützt“, wie es im Amtsdeutsch heißt. Doch die Unternehmen aus dem Kreis Euskirchen halten sich alle für systemrelevant, ihnen dürfe das Gas im Fall der Fälle nicht abgestellt werden.

Immerhin fallen von den 100 gefährdeten Unternehmen gegenwärtig 92 aus der Notfallstufe heraus. Geschuldet ist das der Bundesnetzagentur, die die Einzelunternehmen nicht genauso differenziert wie ein Versorger vor Ort analysieren kann und deswegen eine Grenze von zehn Megawatt Anschlussleistung gesetzt hat.

So bleiben nur noch 8 Unternehmen übrig, die akut unter Druck sind – bis die Regeln auf alle Firmen angewendet werden können. Markus Böhm, Geschäftsführer der e-regio, berichtet gegenüber der Kölnischen Rundschau, dass diese 8 Unternehmen 80 Prozent des Einsparpotenzials in einer Mangellage ausmachten.

Momentan sei das Risiko aber nicht besonders hoch; „Die Speicher sind voll“ heißt es von Seiten der Geschäftsführung von e-regio. Dennoch: Der Gaspreis hat sich nach Angaben des Unternehmens seit 2020 verzehnfacht.

<https://pleiteticker.de/energie-unbezahlbar-harzer-zinkoxide-gmbh-muss-teile-seiner-anlage-ausser-betrieb-nehmen/> 25.10.2022

Energie unbezahlbar: Harzer Zinkoxide GmbH muss Teile seiner Anlage außer Betrieb nehmen

Vom europäischen Spitzenunternehmen zur Teil-Abschaltung: Die Harzer Zinkoxide GmbH muss aufgrund der Energiekrise zu drastischen Maßnahmen greifen – Teile der Anlage, wie der große Schmelzofen, mussten außer Betrieb genommen werden. Die Zinkoxid-Produktion ist um 40 Prozent eingebrochen.

Mit seinem Energieeffizienten und Co₂-armen Verfahren stand die Harzer Zinkoxide GmbH bisher an der Spitze der europäischen Zinkrecyclingunternehmen. Pro Jahr wurden hier bislang 18.000 Tonnen Zinkoxid hergestellt – eine chemische Verbindung mit entzündungshemmender Wirkung, die in vielen Alltagsgegenständen wie etwa Zahnpasta, Rouge, Lippenstift und in Medikamenten sowie zur Lichtbrechung oder zur Härtung in der Glasindustrie verwendet wird.

Sieben Millionen Kilowattstunden Strom und so viel Gas, wie 5.000 Haushalte verbraucht das Unternehmen im Jahr. Doch damit ist es jetzt vorbei. Aufgrund der unbezahlbaren Energiepreise mussten bereits Teile der Anlage außer Betrieb genommen werden – unter anderem der große Schmelzofen. Schon seit Mitte September ist der Ofen aus, denn allein dadurch spart die Firma etwa 100.000 Euro Stromkosten im Monat.

Für Geschäftsführer Thorsten Rowold ist das sehr bedrückend – er kennt die Anlage noch aus der Zeit, als sie unter Volllauf lief. „Wir wollten uns weiterentwickeln, wollten das Werk weiterentwickeln und sind in dieser Situation völlig überrannt worden“, so Rowold gegenüber dem NDR. Für ihn sei es jetzt jeden Tag wieder einer Herausforderung zu gucken, wie er seine Anlage versorgen kann – eine Anlage die 365 Tage, 24/7 versorgt werden muss.

<https://www.dailymail.co.uk/news/article-11353193/New-York-New-England-begin-rationing-heating-oil-winter.html> 25.10.2022

New York and New England start RATIONING heating oil before winter as stockpiles slump by 70% and fears rise that families will be left in the cold

New York und Neuengland beginnen vor dem Winter mit der RATIONIERUNG von Heizöl, da die Vorräte um 70 % eingebrochen sind und Befürchtungen aufkommen, dass die Familien in der Kälte stehen gelassen werden

- Laut Energieministerium werden die Heizölpreise in diesem Winter um 27 % höher sein

Die Heizöllieferanten im Nordosten und in Neuengland haben damit begonnen, den wichtigen Brennstoff vor dem Winter zu rationieren, nachdem die Lagerbestände auf ein Drittel ihres normalen Niveaus gesunken sind.

Die Befürchtungen nehmen zu, dass Versorgungsengpässe und steigende Preise die Familien in diesem Winter in der Kälte stehen lassen werden, insbesondere in Neuengland, das stärker auf Heizöl angewiesen ist als andere Landesteile.

Chris Herb, Präsident der Connecticut Energy Marketers Association, erklärte kürzlich gegenüber Bloomberg, dass die Heizölgroßhändler beginnen, die Zuteilungen für die Einzelhandelslieferanten zu begrenzen.

<https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Zoos-in-Energiekrise-Reichen-die-Sparmassnahmen-aus,zoo1794.html> 25.10.2022

Zoos in Energiekrise: Reichen die Sparmaßnahmen aus?

Angesichts steigender Kosten versuchen auch Zoos und Tierparks in Niedersachsen Energie zu sparen. Einige Maßnahmen wurden bereits umgesetzt - aber reichen diese aus?

Der [Zoo Hannover](#) rechnet nach eigenen Angaben aufgrund der Energiekrise mit Mehrausgaben in Höhe von 300.000 bis 400.000 Euro. Daher blieben schon jetzt die Lichter im Außenbereich aus - auch das

automatische Beschatten der Gebäude sei ausgeschaltet, so eine Sprecherin. Die Wasseraufbereitungsanlage sei gedrosselt, ebenso wie die Temperaturen. Angesichts der andauernden Krise erwägt der Zoo weitergehende Maßnahmen. Vorstellbar ist demnach, das warme Wasser in den Toiletten abzdrehen.

Serengeti-Park: Strompreis nur bis Ende des Jahres fix

Auch der [Serengeti-Park Hodenhagen](#) (Heidekreis) sorgt sich um die Entwicklung: Bis Ende des Jahres hätte der Park noch einen festen Stromtarif, sagte eine Sprecherin. Ab Januar rechnen die Verantwortlichen allerdings mit deutlich höheren Kosten. Aktuell sei ein Energiespar-Manager dabei, Einsparpotenziale auszuloten, hieß es. Ende des Monats schließt der Park. An Ostern soll die nächste Saison starten.

Zoo am Meer: Noch mehr von Zuschüssen abhängig

An die Grenzen von Energiespar-Maßnahmen kommt der [Zoo am Meer in Bremerhaven](#). Man könne gar nicht so viel einsparen, um Kosten aufzufangen, sagte eine Sprecherin. Generell werde keine Sparmaßnahme eingeführt, unter der Tiere leiden müssten. Größter Stromverbraucher sei die Wasseraufbereitungsanlage zum Filtern der Becken - und diese sei bereits optimal eingestellt. Für den Zoo am Meer bedeuten die gestiegenen Kosten, "dass wir zukünftig noch mehr von Zuschüssen der Stadt abhängig sind. Gerade nächstes Jahr sollen die Preise ja explodieren", sagte die Sprecherin.

<https://pleiteticker.de/150-entlassungen-auch-obi-spuert-die-krise/>

24.10.2022

150 Entlassungen: Auch Obi spürt die Krise

Die Baumarkt-Kette Obi entlässt derzeit 150 Mitarbeiter in der Systemzentrale in Wermelskirchen. Davon betroffen sind laut Angaben des Unternehmens überwiegend Stellen im Verwaltungs- und Logistikbereich. Insgesamt beschäftigt Obi 3.000 Mitarbeiter am Standort

Wermelskirchen, weltweit sind es um die 43.000. Als Entlassungsgrund werden die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen genannt. Für Mitarbeiter kommt es überraschend, denn Baumärkte, darunter auch Obi, hatten während der Corona Pandemie viel Geld verdient. Hauptgrund dafür waren die Lockdowns, in welchen Baumärkte weiterhin geöffnet hatten und die Menschen Zeit, ihre lang geplanten Renovierungsideen umzusetzen.

Als weiteren Grund führt Obi die Umstrukturierung des Unternehmens an. Man möchte sich wappnen auf ein verändertes Konsumverhalten der Kunden und den Bereich Technologie ausbauen. Deshalb werden nun Verwaltungs- und Logistikstellen gekürzt.

<https://pleiteticker.de/energiekrise-trifft-windkraftbranche-260-jobs-vor-dem-aus/> 24.10.2022

Energiekrise trifft sogar Windkraftbranche: 260 Jobs vor dem Aus

Mit dem Ende von Kohle-, Gas- und Atomenergie sollten die erneuerbaren Energien derzeit Hochkonjunktur haben, doch paradoxerweise baut auch GE Renewable Energy Stellen ab. Alleine in Deutschland werden 260 Stellen und weitere 310 Stellen im europäischen Ausland abgebaut.

Als Grund nennt das Unternehmen Auftragsrückgänge sowie steigende Energie- und Beschaffungskosten. GE Renewable Energy ist ein Tochterunternehmen von General Electric und gehört zu den international größten Herstellern von Onshore-Windkraftanlagen. Neben den hohen Energie- und Beschaffungskosten kritisiert der Geschäftsführer die bürokratischen Auflagen, wegen welcher es bis zu vier Jahre von Planung bis zur Inbetriebnahme dauern kann.

Trotzdem begrüßt der Geschäftsführer die Ambitionen der Bundesregierung, ab 2025 jährlich 10 Gigawatt Windenergie ans Netz zu bringen. Seit 2019 wurden jedoch nicht mal 2 Gigawatt im Jahr ans Netz

gebracht. Im Angesicht der Ambitionen aber auch Realität verspricht das Unternehmen seine Mitarbeiter „zu unterstützen und fair zu behandeln.“

<https://pleiteticker.de/nach-ueber-150-jahren-letzter-hersteller-textiler-bucheinbaende-in-deutschland-pleite%EF%BF%BC/> 23.10.2022

Nach über 150 Jahren: Letzter Hersteller textiler Bucheinbände in Deutschland pleite

Seit 158 Jahren produziert das Bamberger Unternehmen Kaliko schon textile Bucheinbände für Verlage rund um die Welt. Doch damit ist Ende November nun Schluss. Der Traditionsbetrieb mit rund 120 Mitarbeitern ist insolvent. Grund sind die rapide steigenden Energiekosten – speziell bei Gas.

Alle Maschinen der Firma liefen mit Gas – eine Umstellung auf einen anderen Energieträger käme einem kompletten Fabrikneubau gleich, erklärte der Geschäftsführer Wolfgang Rittmeier dem BR. Man habe versucht die gestiegenen Gaspreise an die Kunden weiterzugeben, mit einer Preiserhöhung um 25%. Die Kundschaft reagierte allerdings mit Stornierungen. So war es am Ende unmöglich unter den massiv gestiegenen Kosten zu produzieren.

<https://pleiteticker.de/beschaeftigte-der-chemieindustrie-in-leuna-bangen-um-jobs-wenn-ein-dominostein-faellt-dann-fallen-alle/>

27.10.2022

Beschäftigte der Chemieindustrie in Leuna bangen um Jobs: „Wenn ein Dominostein fällt, dann fallen alle“

Angst um den eigenen Job, Sorge um den Wirtschaftsstandort: Am Mittwochnachmittag sind knapp 400 Menschen in Leuna in Sachsen Anhalt zu einer Kundgebung zusammengekommen, um auf die Probleme der für die Region so wichtigen Chemieindustrie aufmerksam zu machen. Pleiteticker.de war vor Ort und hat mit den Menschen gesprochen.

„Wenn ein Betrieb hier kaputtgeht, gehen andere Betriebe auch kaputt. Dann würde ein großes Sterben in der Chemieregion passieren, viele Arbeitsplätze würden verloren gehen. Darum stehe ich hier“, sagt Bernd Seidel. Seidel ist Anlagenfahrer bei Xentrys Leuna, einem Unternehmen, das verschiedene chemische Produkte wie Schmierstoffe und Beizmittel herstellt.

Was Seidel beschreibt, ist das Szenario, das der Region droht, wenn eines der vielen Unternehmen, die im Chemiepark Leuna angesiedelt sind, wegbrechen würde. Denn alle hier sind aufeinander angewiesen, wie Zahnräder greifen die Produkte ineinander. Würde ein Unternehmen wegbrechen, würde das mit großer Wahrscheinlichkeit das Aus für alle bedeuten.

<https://pleiteticker.de/zum-energiesparen-duesseldorf-schaltet-strassenbeleuchtung-ab-und-senkt-vorsorglich-das-tempolimit/>

21.10.2022

Zum Energiesparen: Düsseldorf schaltet Straßenbeleuchtung ab – und senkt vorsorglich das Tempolimit

.....Um die Gasrechnung zu kürzen, schaltet die Stadtverwaltung 8.000 ihrer 14.000 historischen Gaslaternen aus. Seit dem 15. Oktober brennen die Laternen werk- und sonntags von 1 bis 5 Uhr nicht mehr; Freitags, Samstags und vor Feiertagen gilt die Teilabschaltung in der Zeit von 3 bis 5 Uhr.

Das dürfte die Gasrechnung senken – aber Verkehrsunfälle in die Höhe treiben. Man will zwar weniger Energiekosten, aber auch nicht mehr für die Krankenhäuser blechen.

Deswegen hat man sich eine Lösung einfallen lassen: Man stellt exakt 157 neue Tempo-30-Schilder auf. Da, wo die Laternen jetzt dunkel bleiben. Die Geschwindigkeitsbeschränkung gilt nur für die Zeit, in der die Laternen ausgeschaltet sind. Allein das ist kaum zu fassen: Straßenbeleuchtung ausschalten und deswegen das Tempolimit senken.

Es wird noch unglaublicher: Die völlig neuen Tempo-30-Schilder können die PKW-Fahrer nur mit Glück entziffern, weil die Straßen unbeleuchtet sind. An besonders gefährlichen Stellen sollen nun Ersatz-Beleuchtungen aufgestellt werden, damit die Temposchilder sichtbar bleiben und es nicht zu Unfällen kommt. Da kann man nur die Hand von den Kopf schlagen. Was hat sich der Krisenstab der Stadt Düsseldorf dabei gedacht?

<https://www.agrarheute.com/politik/co2-steuer-kommt-alt-restholz-599374> 21.10.2022

CO2-Steuer kommt auf Alt- und Restholz

Der Bundestag hat die CO2-Bepreisung auf Abfälle und Müll beschlossen.

Als „fatal“ bewertet der Zentralverband Gartenbau (ZVG) die Entscheidung des Bundestags, auf Alt- und Restholz ab 2024 eine CO2-Steuer einzuführen. „Ein nachhaltiger Brennstoff wird unnötig“, so eine ZVG-Sprecherin gegenüber dem Wochenblatt. Wie hoch diese Verteuerung im Einzelnen ausfallen wird, hängt laut ZVG allerdings vom genauen Emissionsfaktor ab, der noch verabschiedet werden muss.

Am Donnerstag (20.10.) hatten die Abgeordneten von SPD, Grüne und FDP die Erweiterung der CO2-Bepreisung im Brennstoff[emissionshandel](#)sgesetz beschlossen. CDU/CSU, AfD und Die Linke stimmten gegen das Gesetz. Es sieht zudem vor, ab 2024 die Müllverbrennung in die CO2-Bepreisung einzuschließen und die Kohle ab 2023.

Die Erhöhung von 30 Euro pro ausgestoßener Tonne Kohlendioxid auf 35 Euro kommt zum 1. Januar 2024 - ein Jahr später als ursprünglich geplant.

Höhere Kosten erschweren Nutzung

Bereits im Vorfeld der Entscheidung hat der ZVG vor einer CO2-Steuer auf Altholz gewarnt. Die Verbrennung von Altholz der sogenannten Kategorie A I in Feuerungsanlagen ist im Gartenbau relevant.

Darunter fallen viele Anlagen, die nicht mit Waldholz, sondern mit Holz von Altpaletten, Balken aus Abrissmaßnahmen, unbelasteten Holzabfällen aus der Möbelherstellung und Sägewerken etc. heizen. Mit dem Bundestagsbeschluss sei ein wichtiger nachhaltiger Verwertungsweg und die Nutzung regenerativer Energien über einen enormen Kostenanstieg deutlich erschwert, so der ZVG.

<https://blackout-news.de/aktuelles/habeck-will-den-smart-meter-ausbau-beschleunigen/> 26.10.2022

Habeck will den Smart-Meter Ausbau beschleunigen

Wirtschaftsminister Habeck will die Markteinführung intelligenter Stromzähler, sogenannter Smart-Meter, vereinfachen und durch eine Gesetzesreform beschleunigen. Für den erneuten Anlauf zum Rollout der Smart-Meter in Deutschland hat Habeck bei einer Veranstaltung des Future Energy Lab der Deutschen Energie-Agentur sein „Smart-Meter-Aufbaugesetz“ präsentiert. Damit will er einen verbindlichen Fahrplan mit klaren Vorgaben für den Einbau intelligenter Stromzähler in Haushalten und Unternehmen schaffen ([Heise-Online: 21.10.22](#)).

Was ist ein Smart-Meter?

Ein Smart-Meter ist zunächst nur ein digitaler Stromzähler. Allerdings ist dieser Stromzähler mit einer zusätzlichen Kommunikationseinheit verbunden, dem sogenannten Smart-Meter-Gateway.

Diese Kommunikationseinheit tauscht Daten mit dem Netzbetreiber aus und soll in der Lage sein, einzelne elektrische Geräte z. B. über ein Smart-Home System zu steuern.

So soll es möglich werden, dass einzelne Verbraucher automatisiert einschalten, wenn es im Netz ein Stromüberangebot gibt. Gesonderte Stromtarife mit geringeren Preisen bei Stromüberangebot gibt es

allerdings nicht. Smart-Meter messen den Stromverbrauch und senden die Daten an den Netzbetreiber.

Der Netzbetreiber hat aber auch unter Umständen die Möglichkeit, den Stromverbrauch per Fernzugriff zu begrenzen oder auch ganz abzustellen.

Forschern ist es sogar gelungen, anhand der Smart-Meter-Daten herauszufinden, welches Fernsehprogramm in einem Haushalt zu einer bestimmten Zeit gesehen wurde ([Check24: 21.09.11](#))

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/gas-waerme-fernwaerme-vattenfall-gasag-rueckkauf-der-berliner-energie-der-realitaetsverlust-im-senat-muss-immens-sein-li.278754> 20.10.2022

Rückkauf der Berliner Energie: „Der Realitätsverlust im Senat muss immens sein“

Das Land Berlin will sich zurückholen, was ihm früher gehört hat. Dazu zählen auch Fernwärme und Gasversorgung. Sicher ist schon jetzt: Das wird teuer!

Nach dem bekundeten [Kaufinteresse des Landes Berlin am Fernwärmegeschäft des Energiekonzerns Vattenfall](#) in der Stadt und an dessen Anteilen am Gasversorger [Gasag](#) hält sich das Unternehmen alle Optionen offen. Vattenfall habe das Interesse zur Kenntnis genommen, teilte der schwedische Konzern am Donnerstag mit. „Wir setzen unsere strategische Neubewertung des Berliner Wärmegeschäfts strukturiert fort und bereiten die Marktansprache vor.“ Bis dahin werde mit niemandem über eine Transaktion verhandelt. Auch würden keine Informationen über das eigene Geschäft weitergegeben.

Neben der „Marktansprache“ des potenziellen Verkäufers hat die rot-grün-rote Regierungskoalition aus [Berlin](#) bereits eine „Ansprache“ aus der Opposition zu ihren Kaufplänen zur Kenntnis nehmen dürfen – in diesem Fall eine ziemlich ungebetene. „Der Realitätsverlust im Senat muss

immens sein, wenn er trotz der absehbar angespannten finanziellen Lage des Landes Berlin jetzt plant, die Wärmeversorgung zu verstaatlichen“, sagte FDP-Fraktionschef [Sebastian Czaja](#).

<https://exxpress.at/die-naechste-insolvenz-energiekrise-reisst-traditions-tischler-in-die-pleite/> 27.10.2022

Die nächste Insolvenz: Energiekrise reißt Traditions-Tischler in die Pleite

Der deutsche Möbelproduzent Hülsta muss mehr als 80 Jahre nach der Gründung des Konzerns in die Insolvenz. Der Betrieb soll allerdings vorerst wie gewohnt weiterlaufen. Experten warnen: Wegen der schwindelerregenden Energiekosten drohen in Zukunft weitere Pleiten.

Nun hat die Energiekrise auch die Möbelindustrie eingeholt. Gleich zwei Gesellschaften der deutschen Hülsta-Gruppe müssen den Weg in die Insolvenz antreten. Dabei handelt es sich um die Hülsta-Werke Hüls GmbH & Co. KG sowie die Dienstleistungsgesellschaft DIHUG GmbH. Dem Magazin „Möbelmarkt“ erklärte Hülsta-Geschäftsführer Dr. Thomas Knecht, dass die „schwierige wirtschaftliche Situation“ diesen Schritt nötig gemacht habe. Die Auftragszahlen seien geringer als geplant. Zudem seien die Kosten für Energie und Rohstoffe massiv gestiegen. Trotz der Insolvenz soll der Betrieb der beiden Gesellschaften vorerst aber wie gewohnt weiterlaufen.

Die horrenden Energiekosten sowie Personalmangel und gestörte Lieferketten machen nicht nur Hülsta schwer zu schaffen. Vor Kurzem musste schon der traditionelle Süßwarenhersteller Bodeta wegen steigender Energiepreise die Segel streichen. Auch kleine Handwerks-, Bäcker- und Fleishauerbetriebe stehen vielerorts vor dem Aus.

<https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Zu-hohe-Kosten-Hochschulen-in-MV-in-Not,unigreifswald182.html> 27.10.2022

Zu hohe Kosten: Hochschulen in MV in Not

Die Universität Greifswald rechnet in diesem Jahr mit einer finanziellen Mehrbelastung von gut 14 Millionen Euro. Das entspreche jährlichen Personalkosten von 250 Vollzeitstellen. Gefordert wird deshalb eine finanzielle Unterstützung vom Land.

Mehr als die Hälfte der Kosten sei auf die Energiekrise zurückzuführen, heißt es von der Universität Greifswald. Hinzu käme die von der Landesregierung angekündigte Budgetkürzung für den Haushalt 2022/2023. Die dadurch entstehenden Mehrkosten von rund 14 Millionen Euro müssten durch die Rücklagen der Hochschule finanziert werden. Und das ginge nur zu Lasten der Forschungsprojekte. Die Hochschulen aus Wismar, Stralsund und Neubrandenburg sehen ähnliche Probleme.

Notfallfond könnte Abhilfe schaffen

Katharina Riedel, Rektorin an der Universität Greifswald, ärgert sich. Zwar sei ein Notfallfond für die Universitäten in Aussicht gestellt worden, bislang fehle es aber an der Umsetzung. Sie fordert deshalb weiter finanzielle Unterstützung. Sollte das Land nicht einlenken, könnte es für die Universitäten in Mecklenburg-Vorpommern holprig werden. Allein die Universität Greifswald sieht 250 Stellen gefährdet.